

Der Ratsbeschluss vom 13.09.2007 zeigt auch eine damals für die Stadt neue Qualität im Umgang mit diesem Thema und diesem wirklich weit reichenden inhaltlichen Problem. Zwar war in den vergangenen Jahren davor zivilgesellschaftlich durch Bündnisse, Aktionskreise, Initiativen, Akteure, Gegendemonstrationen gegen die Naziaufmärsche, durch viele Proteste aus dem Bereich der Zivilgesellschaft vieles getan, durch Kampagnen des Respektbüros gemeinsam mit anderen Akteuren, aber insgesamt war vor dieser Zeit die Stadt vielleicht ein wenig zu leise in ihrem Protest und Widerstand gegen diese neue, anwachsende Form des Rechtsextremismus in unserer Gesellschaft, aber auch in unserer Stadt.

In einer Studie wird explizit gesagt: Städte, die eher ängstlich mit dem Problem des Rechtsextremismus umgehen, dort kommen die Nazis besonders gern hin. Dabei haben wir in Dortmund in der Tat ein verschärftes Problem mit dem Rechtsextremismus. Die Aufmärsche der Nazis werden Jahr für Jahr stärken. Sie haben Sitze in den Bezirksvertretungen und im Rat. Sie entwickeln neue Strategien, softer, vorsichtiger im Umgang mit Jugendlichen, sie drängen sich durch Musik und Internet in ihr Bewusstsein hinein. Und wir haben in Dortmund ganz besonders in den letzten Jahren zunehmend das Problem, dass auch im Bereich des Rechtsextremismus mehr unorganisierte Kameradschaften existieren, hier in Dortmund haben sie sich entwickelt zu den Autonomen Nationalisten.

Und - das betrifft die gesamte Gesellschaft - wir haben eine zunehmend anwachsende Fremdenfeindlichkeit. Dazu kommt, wie Prof. Heitmeier vom Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung sagt, eine gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. 40 % der Menschen selbst in den alten Bundesländern hegen fremdenfeindliches Gedankengut. Natürlich in der unterschiedlichen Bandbreite, angefangen von üblen Stammtischparolen oder bösen Vorurteilen bis hin zu Gewaltbereitschaft gegenüber Jugendlichen oder anderen und vor allen Dingen Menschen mit Migrationshintergrund.

Vor 2 Wochen war ich zusammen mit Herrn Dr. Mühlhofer auf einem ganztägigen Workshop zum Thema „Demokratie leben - Engagement gegen Rechtsextremismus stärken“ von der Landeszentrale für pol. Bildung. Zur Begrüßung zitierte Minister Laschet den Soziologen Erwin Scheucht: „Rechtsextremismus gehört offenbar zur normalen Pathologie westlicher demokratischer Industrieländer.“ Wenn wir das alle so meinen, können wir das Thema jetzt verlassen.

Ich für meinen Teil kritisiere solch ein isoliertes Zitat, der Minister hat das später auch relativiert, und frage: Wenn Rechtsextremismus zur normalen Pathologie westlicher demokratischer Industrieländer gehört, was sind dann die systemischen Ursachen für diese Pathologie? Wer sind die Pathologen, die sich sozusagen mit der Heilung solcher Pathologien beschäftigen? Wie kann unsere Gesellschaft solchen Desintegrationsprozessen entgegenwirken? Es darf nicht zum Normaldenken werden, sich damit abzufinden, in dem man solche Normalität sozusagen konstatiert. Wir müssen, wenn wir Symptombehandlung machen, und das tun wir mit allen Aktionen in unserer Stadtgesellschaft, nicht vergessen, dass wir auch Ursachenbekämpfung machen. Beides ist nötig. Die nicht nur gefühlte, sondern echte klaffende Gerechtigkeitslücke in unserem Land, Demokratieverdrossenheit - in einem Zeitungsartikel konnten Sie vor einiger Zeit lesen, jeder 4. junge Wähler hegt Zweifel an der Demokratie und bei Kommunalwahlen sind es 50 % der jungen Wähler, die Zweifel an der Wirksamkeit ihrer Wahl hegen und damit insgesamt an der Demokratie -, die auseinander gehende Schere zwischen arm und reich führt zu Desintegrationsprozessen. Die mangelnde Teilhabe an Bildung, an den nicht nur materiellen Gütern in unserer Gesellschaft, die treiben Jugendliche in die Arme der Rechtsextremisten und gerade auch in unserer Stadt der

autonomen Nationalisten. Eine Bewegung, wie sie sich nennt, des Sozialismus von rechts, des Sozialismus mit nationalistischem Hintergrund.

Auch kleiner gewordene Stimmenzahlen bei der Kommunalwahl bei NPD und DVU dürfen uns da nicht beruhigen. Rechtsextremismus ist ein Gedankenübel, dem wir dauernden und lang anhaltenden Widerstand entgegensetzen müssen. Der Zulauf von Jugendlichen bei rechtsextremen Organisationen, so sagt das Kriminologische Institut in Hannover, ist größer als der aller anderen demokratischen Parteien zusammen. Ganz schlimm ist, das wird z. B. durch so ein kleines Faktum wie die noch immer hängenden Wahlplakate der NPD unterstrichen, sie wollen Normalität und bei Befragungen haben sie es auch schon erreicht, dass sie eine normale Partei sei. Das ist ein Problem, dass eine Behandlung mit Zivilcourage kontinuierlich, lang anhaltend und dauerhaft braucht sowohl im Symptombereich als auch im Ursachenbereich.

Wenn nicht im großen politischen Bereich für Stadt, Land und Bund daran grundlegend gearbeitet und verändert wird, dann ist alles Symptombekämpfen auch ein Kämpfen gegen Windmühlen. Das müssen wir wissen.

Wir hier in Dortmund sind besonders betroffen. Wir sind ein Hauptauseinandersetzungsort für und mit dem Rechtsextremismus. D. h. aber auch, wir haben eine ganz besondere Verantwortung, als eine der größten Städte in der Bundesrepublik eine der zentralen Auseinandersetzungsorte zu sein.

Sehen Sie jetzt mit mir noch einmal die kleine Sequenz aus der Monitorsendung an.

Der Film macht betroffen, Monitor ist durch die Einladung zur Pressekonferenz durch die Koordinierungsstelle erst aufmerksam geworden auf dieses Faktum. So sehr dieses Politstalking, dieses Einschüchtern und Angst machen einer einzelnen Familie, das sich aber auch auswirkt auf andere Familien, auf den ganzen Stadtteil dort, so abscheulich es ist, so schlecht ist trotzdem auch der Film. Der kurze Bericht, der den Nazis in die Hände spielt, genau das ist es, was sie sich wünschen. Eine Öffentlichkeit mit solch einem negativen Image, mit solch einem Event.

Das Gespräch mit dem Polizeipräsidenten hat 2 Stunden gedauert. Was herausgefiltert wurde, soll möglicherweise das Feindbild bedienen gegenüber Polizei. Ich habe etwas über eine Stunde mit der Redakteurin geredet und ihr all die Dinge berichtet, die in unserer Stadtgesellschaft und durch die Stadt selbst bis hin jetzt zum 05.09. in diesem Jahr mit der neuen Strategie, die dezentral in der ganzen Stadt Aktionen durch viele, viele Bereiche und Akteure gemacht hat, so dass auch die Polizei dieses als ein neues Argument für ein Verbot genutzt hat, ebenso wie den 1. Mai und den Überfall der DGB-Kundgebung hier, und damit die Sicherheitslage der Stadt nicht mehr gewährleistet war.

Nach meiner Auffassung werden auch die Opfer, mit denen auch Gespräche geführt worden sind, instrumentalisiert für ein ganz bestimmtes Ziel. Von daher glaube ich trotz allem und frage, sind unsere Gesetze zu schwach? Das Grundgesetz, die Gesetze, die die Demokratie schützen, sind sie zu schwach, weil sie auch die schützen, die sie eigentlich abschaffen wollen?

In Dorstfeld ist ein Faktum, dass diese Gruppe der autonomen Nationalisten eine Dominanz erreichen will, eine national befreite Zone, und da ist die Demokratie deutlich gestört. Und wir brauchen alle Anstrengungen, sowohl mit einem wohl durchdachten Medienkonzept, Mahnwachen, Runden Tischen, Gesprächen. In Kürze werden wir - auch von der Koordinierungsstelle initiiert - ein Gespräch haben mit Spitzenleuten aus diesem Bereich, um dann in den Runden Tisch Dorstfelds hineinzugehen. Das ist wie in einem Stadtorganismus,

wenn ein Organ gestört ist, dann ist die ganze Stadt gestört und braucht die Anstrengung der ganzen Stadtgesellschaft.

Was tut oder hat die Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie in der Vergangenheit seit ihrer Installierung getan?

Auf dem Weg zu einem Aktionsplan sind zur Vernetzung, Aktivierung, Motivierung mehr als 350 z. T. lange Gespräche, z. T. Workshops, z. T. Veranstaltungen gemacht worden (z. B. Vortrag bei der Vollversammlung der ARGE, Workshop mit 100 neuen Auszubildenden der Stadt Dortmund, Schulkonferenzen, Lehrerkonferenzen u.a.).

Es wurden zwei Gremien gebildet, die Beratungsgruppe der Koordinierungsstelle und das Netzwerk der Akteure. Wir hatten für 2008 und 2009 jeweils 100.000 € für Projekte der zivilgesellschaftlichen Akteure zur Verfügung gestellt bekommen. Als wir 2009 an der Stelle waren, dass auch hier ein Ausgabenstopp kam, ist z. B. die Wirtschaft der Stadt Dortmund eingetreten und hat ein Projekt mit 2.500 € zur Demokratiebegleitung und -erfahrung gefördert.

Z. Z. ist gerade die Studie der Universität Bielefeld fertig geworden und wird dem Verwaltungsvorstand vorgestellt, danach auch dem Netzwerk der Akteure und der Öffentlichkeit, einerseits mit der Analyse der Rechtsszene, andererseits mit der Netzwerkanalyse, mit einer Auflistung auch von Handlungsvorschlägen, die sich aus dieser Analyse ergeben und auch mit einem Stimmungsbild, einer Befragung aus zwei Stadtbereichen - Eving und Innenstadt-West -.

Das ist ein weiterer Schritt zum Aktionsplan hin, in den viele Aktivitäten und Vorschläge fließen werden sowohl aus dem zivilgesellschaftlichen Bereich als auch dem Bereich der Stadt und der Stadtverwaltung.

Was können wir, was können Sie tun?

Der Beschluss des Rates vor 2 Jahren hat einen Schwerpunkt gesetzt auf die Kinder- und Jugendarbeit. Um nachhaltig auch Demokratieerfahrung zu machen, um Erfahrung von Wertschätzung, Gegenerfahrung zur Desintegration zu machen, ist es ganz besonders wichtig, dass sich dieser Ausschuss, alle vertretenen Organisationen und Institutionen ganz besonders viele Gedanken darüber machen, dass wir die Wirtschaft mit ins Boot holen, dass Sie in diesem Ausschuss für einen Aufgabenkatalog in einem künftigen Aktionsplan auch hier für Ihren Bereich Aufgaben entwickeln.

Das wird und sollte jedenfalls zur Symptombehandlung und zur Ursachenbekämpfung ein wichtiger Schritt sein.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit